

Presseinformation

Kiel, den 03.05.2006

Es gilt das gesprochene Wort

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Anke Spoorendonk

TOP 14 Konfliktprävention und Bildungschancen Drs. 16/728

Der Hilferuf der Berliner Rütli-Schule hat einen enormen Widerhall in den Medien erreicht. Die privaten Fernsehsender boten ihre gesamten Ressourcen auf und produzierten ständig neue Schreckensmeldungen über Gewalt an Schulen.

Gewalt an Schulen ist kein neues Thema. Wer sich ein wenig intensiver mit der Schulpolitik auseinandersetzt, wird ziemlich schnell auf Gewalt in Schulen stoßen. Das bedeutet nicht, dass Schule und Gewalt in der modernen Gesellschaft automatisch zusammengehören. Von Kapitulation vor dem Thema kann keine Rede sein.

Ich verwehre mich aber ausdrücklich gegen eine Skandalisierung in diesem Bereich. Sie hilft nicht weiter. Gerade die Prävention von Gewalt muss langfristig angelegt sein. Die Medien beißen sich erfahrungsgemäß nur wenige Tage an einem Thema fest, bis ein neues die Redaktionen fesselt. Dieser Rhythmus ist absolut schädlich für eine nachhaltige Politik. Wir

sollten uns daher als Landtag nicht vor diesen Karren spannen lassen, sondern tiefer bohren, welche Ursachen Gewalt hat. Generalstaatsanwalt Erhard Rex hat gerade letzten Monat auf die steigende Zahl schwerer Straftaten von Jugendlichen hingewiesen. Er plädiert dafür, die Gewalt aus dem Dunkel zu holen. Genau das ist auch die Position des SSW.

In Schleswig-Holstein werden Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen der Fortbildung im Umgang und der Vermeidung von Schüलगewalt geschult. Das ist bundesweit vorbildlich und wurde zuletzt vom Erziehungswissenschaftler Peter Struck ausdrücklich gelobt. Dieser Weg muss konsequent fortgeführt werden.

Regionale Bündnisse sind ein weiteres Mittel gegen Gewalt. Die Erfahrungen in Lübeck mit der Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen, der so genannten Aggas, zeigen gute Ergebnisse. Dort sind Polizisten direkt in die Kommunikation mit Lehrern und Schülern eingebunden. Das Ganze läuft schon seit 1998. Auch in Flensburg sind Polizisten in einigen Schulen direkte Ansprechpartner. Sie gehen in die Schulen, kennen ihre Pappenheimer und können im Gespräch Vieles klären, bevor sich Gewalt überhaupt entwickelt. So hat die Verteilung rechtsradikaler Hetzschriften oder Musik-CDs keine Chance. Man kann eben vor Ort viel bewegen, vor allem, wenn gewalttätige Schüler merken, dass Gewalt für sie unmittelbare und zeitnahe Konsequenzen hat und die Mitschüler sich nicht einschüchtern lassen.

Die Grünen wissen natürlich, dass Gewalt an den Schulen in Schleswig-Holstein durchaus ihre Spuren hinterlassen hat. Wir leben schließlich nicht im Land der Glückseeligen. Derart oberflächliche Fragen bringen uns nicht weiter. Die Strukturen der Gewalt sind von Interesse. Vor allem dann, wenn man die Gewalt zurückdrängen möchte.

Mangelnde Deutschkenntnisse sind nicht automatisch Auslöser von Gewalt. Zwar gehören beide Themen zusammen, aber schlechtes Deutsch führt nicht zwangsläufig zu Gewalt.